

# QUARTALSBERICHT

Projektland: Mongolei

Quartal/Jahr: I/2011

1. **DIE BESONDERHEIT DES JAHRES 2011. KURZER HISTORISCHER EXKURS**
2. **DIE AUSEINANDERSETZUNGEN INNERHALB EINIGER POLITISCHER PARTEIEN (MRVP, GRÜNE PARTEI)**
3. **DEBATTEN IM PARLAMENT ÜBER DIE UMSETZUNG VON BESTIMMTEN GESETZEN**
4. **EINIGE FRAGEN IM AUSSENPOLITISCHEN BEREICH, DIE DURCH IHRE NEUHEIT UND BESONDERHEIT GEKENNZEICHNET SIND**
5. **ZU DEN BEZIEHUNGEN DER MVP ZU DEN ANDEREN PARTEIEN; ZWISCHEN DER REGIERUNG, DEM ARBEITGEBERVERBAND UND DEN NGO-S**
6. **WIRTSCHAFT UND SOZIALES**

## **DIE BESONDERHEIT DES JAHRES 2011. KURZER HISTORISCHER EXKURS**

Das Jahr 2011 ist für die Mongolei ein Jahr voller historischer Ereignisse und großer Jubiläen, und zwar des 2220. Jahrestags der Gründung des Hunnenreiches auf dem Gebiet der jetzigen Mongolei; des 100. Jahrestags der Ausrufung eines unabhängigen mongolischen Staates, des 90. Jahrestags des Sieges der Volksrevolution, des 90. Jahrestags der Gründung der ersten politischen Partei in der Mongolei, des 60. Jahrestags des Beitritts der Mongolei zur UNO etc.

Im Jahr 109 vor Christus wurde auf dem jetzigen Gebiet der Mongolei das Reich der Hunnen gegründet.

Besonders gut bekannt ist unter den Mongolen der Hunnen- König Modun, von dem der folgende Spruch stammt: "Wenn auch Gott selbst darum bittet, ihr dürft kein Stückchen Land, wenn es auch so klein wie eine Handfläche ist, von Eurem Heimatland abtreten."

Dieses Vermächtnis wird oft zitiert, besonders in Verbindung mit der verantwortungslosen, ja oft kriminellen Geschäften mit den Lizenzen zur Nutzung von Bodenschätzen und der Übergabe zur Nutzung von Grund und Boden an ausländische und inländische Unternehmen und Privatpersonen.

1911 fiel das Mandschu-Reich in China, dessen Vassal die Mongolei seit Ende des 17. Jahrhunderts war, weil das damalige geistliche Oberhaupt der Mongolei, der Bogdo Geegen Zanabasar, und einige Fürsten der Zentralen Mongolei 1691 die Suzeränität des Mandshu Reiches über die Mongolei anerkannten. Da die bürgerliche Revolution in China der mandshurischen Herrschaft 1911 ein Ende setzte, nutzten die patriotischen Kräfte um Bogdo- Geegen die Gelegenheit, die Mongolei als einen unabhängigen Staat auszurufen. die Unabhängigkeit der Mongolei wurde 1915 durch den Druck der Chinesen und der Russen in eine Autonomie umgewandelt, die dann 1919 durch die chinesische Besatzung endete. Im Februar/März 1921 besiegten pro mongolische Kräfte die chinesischen Truppen, deren Hauptteil in der damaligen mongolischen Hauptstadt, der Stadt Urga, stationiert war. Wegen der Frage über die Vertreibung der chinesischen Truppen aus der Mongolei entfaltete sich im Februar 2011 eine ziemlich heiße Diskussion unter den Geschichtsforschern. Einige behaupteten, dass es die Einheiten des weißgardistischen Generals, Baron Ungern von Sternberg gewesen sind, der nicht nur die chinesischen Truppen in Urga zerschlug, sondern auch den Bogdo-Geegen aus der chinesischen Haft befreite und ihm den Thron als Staatsoberhaupt zurückgab. Bis zu seinem Tod im Jahr 1924 war Bogdo-Khan das geistliche und staatliche Oberhaupt der Mongolei. Nach der Wiedererlangung einer relativen staatlichen Souveränität der Mongolei wurde eine zivile Regierung, bestehend aus fünf Ministerien, gegründet. Das dauerte bis Sommer 1921, als nach dem Sieg der Volksrevolution eine Volksregierung unter Führung der Mongolischen Volkspartei gebildet wurde.

## **DIE AUSEINANDERSETZUNGEN INNERHALB EINIGER POLITISCHER PARTEIEN (MRVP, GRÜNE PARTEI)**

Diese Partei wurde 1925 in „Mongolische Revolutionäre Volkspartei (MRVP)“ umbenannt. Unter diesem Namen herrschte sie all die Jahre des totalitären Sozialismus, und sie spielte auch die Hauptrolle nach der demokratischen Umwälzung Anfang 1990. Mit einer einzigen Ausnahme (1996) siegte sie fast bei allen Parlamentswahlen, auch bei den letzten Wahlen 2008. Im November 2010 wurde der 26. Parteitag der MRVP abgehalten, wobei die rund 800 Parteitagsdelegierten entschieden, der Partei ihren alten Namen, nämlich "Mongolische Volkspartei" zurückzugeben. Unter dem neuen Namen wurde die Partei beim Obersten Gericht registriert, wobei die Parteiführung darauf beharrte, die Abkürzung des alten Parteinamen, nämlich "MRVP" zu behalten. Die Ursache für diese etwas merkwürdige Beanspruchung lag darin, dass eine Gruppe der Parteitagsdelegierten, vor allem der ehemalige Staatspräsident N. Enkhbayar, der jetzige Parlamentsabgeordnete Shinebayar und die ehemalige Vizegesundheitsministerin, Frau Udwal, die Umbenennung als unnötig und auch rechtlich nicht relevant fanden, weil die Abgeordneten (die Mehrheit) des Staatsparlaments als Mitglieder der MRVP und auch als deren Kandidaten als Abgeordnete gewählt wurden. Dieser Streit ging so weit, dass die Gruppe, die gegen die Namensänderung auftrat, am 17.11.2010 einen Ausschuß zur Durchführung des Parteitages der MRVP bildete, der auch Ende Januar 2011 stattfand. Am Parteitag nahmen über 800 Parteigenossen teil, die ihre Treue zur MRVP bekundeten. N. Enkhbayar wurde als Vorsitzender der Partei gewählt. Kurz nach dem Parteitag beantragte die Parteiführung die Registrierung der Partei beim Obersten Gericht unter dem Namen „Mongolische Revolutionäre Volkspartei“. Aber das Oberste Gericht hat noch bis zum heutigen Tag diese Partei nicht registriert (Stand 31.03.2011). Bei der Entgegennahme des Antrags erklärten die Beamten des Gerichts, dass über den Antrag laut Gesetz innerhalb von 30 Tagen entschieden werden würde. Es ist nicht ausgeschlossen, dass der Streit um die Registrierung der MRVP die Einschaltung des Verfassungsgerichts

nötig macht. Man kann sagen, dass sich nach dem 26. Parteitag der MRVP die Partei in zwei unversöhnliche Lager gespalten hat: ein Teil (vermutlich der größere Teil) steht hinter der alten Parteiführung mit dem jetzigen Premierminister, S. Batbold, an der Spitze. Demgegenüber stehen die Parteimitglieder, die als Mitglieder der alten MRVP bleiben wollen und N. Enkhbayar unterstützen. Es sieht momentan so aus, dass diese zwei Lager, die eigentlich aus den Mitgliedern ein und derselben Partei bestehen, sich als die größten Gegner gegenüberstehen. Vermutlich wollen die hohen Funktionäre dieser Partei, die von ihrer Parteiführung nicht mehr als Politiker anerkannt und praktisch aus der Politik ausgeschaltet wurden, bei den nächsten Parlamentswahlen wieder kandidieren und womöglich ins Parlament bzw. in die Regierung einziehen.

Daneben wird die Bekanntgabe durch die Vorsitzende der Partei der Zivilcourage, S. Oyun, und den Vorsitzenden der Grünen Partei, D. Enkhbat, eines Zusammenschlusses der beiden Parteien von einem überlauten Protest seitens des ehemaligen Vorsitzenden der Partei, Basandorj, des Mitglieds der Parteiführung, O. Bumyalagch, und einiger ihrer Anhänger begleitet. Sie behaupten, dass D. Enkhbat die Mongolische Grüne Partei zugrunderichten will. Frau S. Oyun und Herr D. Enkhbat erklären und begründen ihre Entscheidung über den Zusammenschluss der Parteien als einen taktischen Schritt zur Vorbereitung und Beteiligung an den nächsten Parlamentswahlen, denn als einzelne Parteien hätten sie wenig Chancen, ins Parlament gewählt zu werden. Am 26.03.2011 fand eine gemeinsame Tagung der Partei der Zivilcourage und der Mongolischen Grünen Partei statt. Der gemeinsame Parteitag beschloss, die beiden Parteien zu vereinigen. Die Vereinigte Partei erhielt den Namen „Partei der Zivilcourage/Grüne Partei“. Als Vorsitzender der vereinigten Partei ist D. Enkhbat, der vorher Vorsitzender der Grünen Partei war, gewählt worden. Die Ergebnisse der nächsten Parlamentswahlen werden im großen Maße davon abhängen, welchen Inhalt das neue Wahlgesetz haben wird, das noch vom Parlament bestätigt werden muss. Das neue Wahlgesetz steht auf der

Tagesordnung der Frühjahrstagung des Großen Staatskhurals, die Anfang April 2011 beginnt.

## **DEBATTEN IM PARLAMENT ÜBER DIE UMSETZUNG VON BESTIMMTEN GESETZEN**

Kurz vor dem Ende der Herbsttagung des Großen Staatskhurals im Januar 2011 wurde von drei Abgeordneten ein Antrag über die Amtsenthebung des Ministers für Bergbau und Energie, D. Zorigt, gestellt. Der Grund dafür war, ihres Erachtens, die Verletzung durch den Minister des Gesetzes über das Verbot der Durchführung von Erkundungen und der Nutzung von Bodenschätzen an Wasserquellen, in den Flußbecken und in den bewaldeten Gebieten, das im Juli 2009 vom Parlament verabschiedet worden war. Außerdem bezichtigten die Abgeordneten den Minister einer unfairen Entscheidung bei einigen Ausschreibungen. Wie es im Antrag hieß, hätte der Minister trotz eines gesetzlichen Verbots innerhalb eines Jahres 193 Lizenzen an Unternehmen und Privatpersonen vergeben. Durch die Abstimmung im Parlament konnte der Minister im Amt bleiben, weil die Mehrheit gegen eine Amtsenthebung war. Besonders stark plädierte für ihn der Ministerpräsident, der selbst ein Abgeordneter wie auch sein Minister ist. Überhaupt ist der Lobby gegen das obengenannte Gesetz im Parlament sehr stark. Sechs Abgeordnete, darunter insbesondere der ehemalige Präsident der Zentralbank, D. Chuluunbat, haben sogar einen Gegenantrag gestellt, um einige entscheidende Bestimmungen des Gesetzes, z. B. Verbot der Förder- und Nutzungsarbeiten an Wasserquellen etc. außer Kraft zu setzen oder zu ändern. Der Grund: es handle sich um das Schicksal von 4000 Beschäftigten, die in dieser Branche tätig sind.

## **EINIGE FRAGEN IM AUSSENPOLITISCHEN BEREICH, DIE DURCH IHRE NEUHEIT UND BESONDERHEIT GEKENNZEICHNET SIND**

Was die Außenbeziehungen der Mongolei in dem Berichtszeitraum betrifft, so seien an dieser Stelle der Besuch des Staatspräsidenten in Davos (Schweiz), der

Besuch des Premierministers S. Batbold in Singapur, Australien und Südkorea und der Besuch des Parlamentspräsidenten D. Demberel in Frankreich erwähnt.

Auf der Ebene der staatlichen Behörden löste die Gerichtsverhandlung wegen des im September vorigen Jahres in London verhafteten Leiters des Dienstapparats des Nationalen Sicherheitsrates der Mongolei, D. Khurts, einiges Aufsehen, aus. Ein Londoner Gericht beschloss am 18.02.2011, ihn antragsgemäß den zuständigen deutschen Behörden auszuliefern. Der Beschuldigte legte dagegen eine Berufung ein, also ist die Vollstreckung des Urteils bis auf weiteres ausgesetzt. Wie wir bereits berichteten, ist D. Khurts wegen einer Menschenentführung auf dem EU-Gebiet, insbesondere auf dem Gebiet der BRD, einem Haftbefehl unterworfen. Die nächste Gerichtsverhandlung in London wird entscheiden, ob und wann er den deutschen Behörden übergeben werden soll.

Die Aufstände in einigen arabischen Ländern haben die zuständigen Behörden der Mongolei veranlasst, mongolische Bürger aus diesen Ländern zu evakuieren. Interessant dabei war die Tatsache, dass 31 Studenten, die aus Ägypten zurückkehrten, die dort an islamischen Schulen als Stipendiaten Kuwaits studierten, allesamt Kasachen sind, also Vertreter einer turksprachigen nationalen Minderheit in der Mongolei. Die kuwaitische Förderung dieser jungen Leute mit Stipendien vermittelte der Botschafter der Mongolei in Kuwait, Sairan, der selbst ein Kasache und muslimischer Würdenträger ist. Parteimäßig gehört er der mongolischen DP an.

Die Opfer des Erdbebens und der Tsunami in Japan am 11. März 2011 lösten Mitgefühl und Solidarität bei der mongolischen Bevölkerung aus. Die Hilfe und Unterstützung der Opfer in Form von Geldspenden, Waren, warmer Bekleidung und Decken wurde organisiert von der Regierung, dem Roten Kreuz und den Belegschaften in den Behörden und Unternehmen. 12 Mitarbeiter des mongolischen Katastrophenschutzes arbeiteten einige Tage in der Provinz Miyagi, wo die Verwüstungen am schlimmsten waren. Am 23.03.2011 übergab D. Gankhuyag, Parlamentsabgeordneter und Vorsitzender der

parlamentarischen Gruppe Mongolei-Japan, einen Teil der Geldspende der mongolischen Organisationen (150 Mio. Tugrik und 450000 USD) dem japanischen Botschafter in der Mongolei. Viele mongolische Bürger, die in Japan arbeiten oder studieren, kehren in die Mongolei zurück.

Am 23.03.2011 fand eine Gerichtsverhandlung des Gerichts des Stadtbezirks Chingeltei der Hauptstadt statt, das den Leiter des Amts zur Korruptionsbekämpfung Sangaragchaa und drei andere führende Mitarbeiter dieses Amts zu unterschiedlichen Haftstrafen von 1,9 Jahren bis zu 2,4 Jahren verurteilte. Sie wurden wegen Amtsmissbrauch, Unterschlagung und Verstöße gegen bestimmte Gesetze zur Verantwortung gezogen. Die Beschuldigten werden sicherlich von ihrem Recht auf Berufung Gebrauch machen.

#### **ZU DEN BEZIEHUNGEN DER MVP ZU DEN ANDEREN PARTEIEN; ZWISCHEN DER REGIERUNG, DEM ARBEITGEBERVERBAND UND DEN NGOS**

Für das politische Leben ist es vom Interesse, dass die MVP am 22.03.2011 alle anderen politischen Parteien zu einem Rundtischgespräch zum Thema zur Verbesserung des parlamentarischen Systems in der Mongolei eingeladen hatte. Einige Politiker und Wissenschaftler gelangen nach 20 Jahren Demokratie zu der Meinung, dass die Regelung der Frage über die Funktion des Parlaments in der z. Z. gültigen Verfassung, besonders, was die gegenseitige Kontrolle des Parlaments und anderer Staatsgewalten betrifft, Mängel aufweist.

Deshalb wird u. a. auch die Meinung vertreten, dass das Parlament aus zwei Kammern bestehen müsse. Einige Teilnehmer des Runden Tisches meinten, dass die Ursachen für die gegenwärtigen Missstände auf der politischen Szene und in der Gesellschaft in der Verfassung verwurzelt sind.

Es wurde auch die Ansicht vertreten, dass die schönsten und die besten Gesetze nichts nützen, wenn deren Umsetzung von den Politikern und hohen

Staatsbeamten abhängt, die nicht über eine entsprechende politische Kultur, das geeignete Wissen und politische Ethik verfügen.

Am demselben Tag, also am 22.03.2011, trafen sich der Ministerpräsident und einige Mitglieder seines Kabinetts mit den Führungsleuten des Arbeitgeberverbandes und der Allianz der NGOs. Zwischen der Regierung, dem Arbeitgeberverband und der Allianz wurde eine Vereinbarung über die Koordinierung ihrer Tätigkeit unterschrieben.

## **WIRTSCHAFT UND SOZIALES**

Das mongolische Wirtschaftsforum, das vom 2. bis zum 4. Februar 2011 in Ulaanbaatar stattfand, war zweifelsohne ein herausragendes Ereignis im gesellschaftlichen Leben der Mongolei. Auf diesem Treffen, das Hunderte mongolische und ausländische Politiker, Unternehmer versammelte, ging es vor allem darum, wie man am effektivsten und zum gegenseitigen Nutzen die Bodenschätze der Mongolei, wie Kupfer, Gold, Kohle, Uran, Eisenerz, Zink und andere Mineralressourcen nutzen kann. In erster Linie ging es um die Nutzung eines der reichsten Kokskohlevorkommen der Welt, der Lagerstätte Tavan Tolgoi. Zurzeit fördern dort Kohle außer einigen mongolischen Unternehmen, allen voran das Unternehmen Energy Resources, chinesische Unternehmen, die Rohkohle nach China exportieren.

Die Regierung ist zurzeit dabei, die ausländischen Firmen, die an der Kooperation bei der Nutzung von Tavan Tolgoi interessiert sind, durch Ausschreibungen auszuwählen. Wie die Regierungsvertreter behaupten, wird der mongolische Staat 10 Prozent des Kohlevorkommens in Form von Aktien an die mongolischen Bürger verteilen, die dann durch den Handel auf den Börsen Gewinne erzielen würden. Übrigens ist die Deutsche Bank als Partner der Mongolei (neben der US-amerikanischen Bank „Goldmann Sachs“) beim Handel mit den mongolischen Aktien auf dem internationalen Markt anerkannt worden. 50 Prozent der Aktien werden der mongolischen Regierung und 40 Prozent den

Unternehmen gehören. Laut Erklärungen der zuständigen Amtsträger werden 15 Milliarden Aktien für Tavan Tolgoi in den Umlauf gebracht. Jeder mongolische Bürger, der vor dem 31.3.2011 geboren ist, bekommt von der Regierung unentgeltlich 536 Stück Aktien, über welche er frei verfügen kann, ausgenommen des Verkaufs an Privatpersonen oder Unternehmen. Für diese Aktien werden Dividenden verteilt, wenn das entsprechende mongolische Unternehmen in Tavan Tolgoi Gewinne erzielt. Bis jetzt ist es noch nicht klar, wann dieses Unternehmen die Produktion beginnt, ab wann Gewinne erwirtschaftet und wie sie verteilt werden usw. Also, gibt es noch viele Fragen, die einer Antwort entbehren und auf welche selbst die dafür verantwortlichen Regierungsbeamten nicht klar antworten können oder wollen. Viele befürchten, dass sich die versprochenen Dividenden auch wie die Vouchers für die privatisierten staatlichen Betriebe und Einrichtungen Anfang der 90-er als eine „Seifenblase“ entpuppen.

Es mag sein, dass dieser Trommelwirbel um Tavan Tolgoi nichts anders, als eine Wahlkampagne der MVP und der DP ist, die die jetzige Koalitionsregierung anführen.

In der Zeitung „Udriin sonin“ wurde in Verbindung mit der Auswahl der Deutschen Bank als die Partnerbank der Mongolei langer Artikel, die sich gegen diese Bank richtet, veröffentlicht. Die Deutsche Bank wurde bezichtigt, unreine Geschäfte in einigen Ländern gemacht zu haben, wofür sie Geldstrafen zahlen musste, hieß es. Es ist anzunehmen, dass hinter diesen Veröffentlichungen die Unternehmen stehen, die die Chancen, den Handel mit Tavan Tolgoi Aktien zu betreiben, vertan haben. Der Artikel hat keinen bestimmten Autor, es wird nur angegeben „Dienst für Nachforschungen und der Kommentatoren“ der Zeitungsredaktion (Sieh dazu die Zeitung „Udriin sonin“, Nr. 059, 060, 061 vom 2. bis 4.3.2011).

Die Landwirtschaft und die Viehzucht waren in diesem Jahr ziemlich gut über die Berge. Trotz der sehr niedrigen Temperaturen und vielem Schnee hat das

Vieh relativ gut überwintert. Jetzt im Frühjahr kommen die Jungtiere zur Welt. Wenn es witterungsmäßig alles normal abläuft, werden etwa 12 Millionen Jungtiere erwartet, so dass der ganze Viehbestand insgesamt über 40 Millionen Stück erreichen wird.

Betreffend Landwirtschaft gibt es ein Novum in der Hinsicht, dass im Dornod Aimag im Osten der Mongolei ganze 270000 Hektar Land den südkoreanischen Unternehmen zur Nutzung übergeben wurden. Die letzte Entscheidung wurde getroffen während des Arbeitsbesuchs des Staatspräsidenten Ts. Elbegdorj Anfang März d. J. im Dornod Aimag. Der entsprechende Vertrag wurde am 10.03.2011 vom Staatssekretär des Ministeriums für Leicht- und Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft der Mongolei und dem Vertreter von KOICA, einer südkoreanischen Organisation für Entwicklungshilfe, unterzeichnet (Anmerkung: übertragen am 10. 03. 2011 während der Abendnachrichten des TV-Senders „Channel 25“). Wie es in den Nachrichten und den Zeitungsberichten heißt, werden die Südkoreaner dort Musterunternehmen für Ackerbau und Viehzucht gründen. Der ihnen zur Verfügung gestellte Grund und Boden ist für seine Fruchtbarkeit bekannt, was schon zu den sozialistischen Zeiten in den 60-er und den 70-er Jahren des 20. Jahrhunderts bewiesen wurde. Deshalb versteht die mongolische Öffentlichkeit nicht, warum das unbedingt die Südkoreaner, und nicht die Mongolen, sein müssen, die dort eine vorbildliche Landwirtschaft aufbauen. In diesem Zusammenhang stößt der Staatspräsident auf viel Kritik (sich dazu auch die Zeitung „Udriin shuudan“ Nr. 047 vom 10.03.2010 Zeitung; „Dald amidral“ Nr. 04 von 2011, S. 2). Es ist anzunehmen, dass beim Zustandekommen dieses Vertrags die kommunalen Behörden eine nicht geringe Rolle gespielt haben.

Was die industrielle Produktion betrifft, so hat der Export von Kohle zum ersten Mal den Export von Kupferkonzentrat übertagt. Aber nach wie vor bleibt die Bedeutung des Kupferkombinats „Erdenet“, einer mongolisch-russischen Joint Venture, für die Volkswirtschaft der Mongolei enorm wichtig. Erdenet bildet

etwa 30 Prozent des Haushalts und des Warenexports der Mongolei. Der Anteil der mongolischen Seite an diesem gemeinsamen Unternehmen beträgt 51 Prozent, der Anteil der russischen Seite 49 Prozent. Diese Unternehmensstruktur könnte eigentlich als ein Vorbild für die Gründung und Gewinnverteilung bei anderen gemeinsamen Unternehmen und Betrieben dienen. „Erdenet“ ist von der European Business Assambly, einer namhaften internationalen Organisation, als das beste Unternehmen des Jahres 2010 ausgezeichnet worden. Die Auszeichnung wurde am 1. März 2011 während einer internationalen Konferenz in London zu Fragen des Bergbaus und der Energie verliehen. Der Generaldirektor des Unternehmens, Ch. Ganzorig, erhielt den Titel „Bester Manager des Jahres 2010“ (sieh dazu die Zeitung „Udriin shuudan“ Nr. 041 vom 02.03.2011; die Zeitung „Mongoliya segodnya“ Nr. 10 vom 06.03.2011).

Bei den Lebensbedingungen der einfachen Bevölkerung sind keine wesentlichen Verbesserungen zu verzeichnen. Trotz der Erhöhung der Löhne, Gehälter und Renten um 30 Prozent ab 01.10.2010 wird dieser Zuschlag durch die galoppierenden Preise für Waren, vor allem für die Lebensmittel und Dienstleistungen, zunichte gemacht. Vom 2007 bis 2010 blieben die Einkommen der Bevölkerung auf demselben Niveau, obwohl die Preise, u.a. in Verbindung mit der Finanz- und Wirtschaftskrise um das mehrfache gestiegen sind. Ab 01.01.2011 begann der Staat, jedem Bürger der Mongolei monatlich 21000 Tugrik (etwa 12,35 Euro) zu zahlen. Das erfolgt aufgrund des Wahlversprechens der MRVP, jedem mongolischen Bürger 1,5 Millionen Tugrik im Falle ihres Wahlsiegs zu zahlen. Die Menschen stehen stundenlang, manchmal tagelang an den Kassen Schlange, um das bisschen Geld, das man mit einem Almosen für die Armen und Gebrechlichen vergleichen könnte, zu bekommen. Und wenn man draußen- weil es drinnen kein Platz mehr ist- stundenlang im Winter bei klirrendem Frost von 20 bis 25 Grad unter Null wegen der paar Groschen stehen muss, sieht das mehr einer harten Strafe als einer Wohltat ähnlich.

Der mongolische Gewerkschaftsbund, vertreten durch seinen Vorsitzenden G. Ganbaatar, fordert die Regierung auf, das Geld, das aus Sozialversicherungs- und Krankenversicherungsbeiträgen zusammenfließt, nicht mit dem Staatsbudget zusammenzumischen, sondern es zweckgebunden zu verwenden. Besonders skandalös sieht es mit der Krankenversicherung aus, weil man nicht genau weiß, wozu das Geld genutzt wird. Neuerdings entdeckten die Gewerkschaften, dass einige Krankenhäuser, beispielsweise in den Stadtbezirken Chingeltei und Sukhbaatar, das Krankenversicherungsgeld für die Rentner durch die Ausfertigung von falschen Krankengeschichten unterschlagen haben. Laut Gesetz übernimmt der Staat 100-prozentig die Kosten für die medizinische Betreuung der Rentner und Invaliden. Der Gewerkschaftsbund hat sich mit einer entsprechende Klage an die Justizorgane gewandt.

Am 25. März 2011 ernannte der Staatspräsident Ts. Elbegdorj die Richter des neugegründeten Verwaltungsberufungsgerichts. Das Gericht besteht aus sieben Richtern. Diesmal wurden fünf Richter ernannt, weil zwei Kandidaten für diesen Posten von dem Obersten Richterrat vorher abgelehnt worden waren. Gerichtsvorsitzender ist Richter Ts. Tsogt. Bis zur Schaffung des Berufungsgerichts war die Verwaltungskammer des Obersten Gerichts für die Berufungsangelegenheiten in diesem Bereich zuständig.

In den letzten fünf Jahren sind von dem Gesetzgeber Amnestiegesetze verabschiedet worden, deren Folgen negative Auswirkungen sowohl auf die Wirtschaft als auch die kriminogene Situation insgesamt haben. Gemeint sind das Gesetz über den Erlass von Steuerschulden für die Unternehmen und die Amnestiegesetze von 2006 und 2010 für einen Teil der Straftäter. Viele Fälle des Betrugs und der Unterschlagung, die offenkundig einen kriminellen Charakter haben, und Korruptionsaffären bleiben unaufgeklärt. Z. B. wurde berichtet, dass sich die Steuerschulden der Unternehmen für 2010 auf eine Summe von 1 Trillion Tugrik belaufen. Das ist ein Drittel des Haushalts für 2011 (TV-Channel 25 am 2.4.2011, TV9 am 28.3.2011).

Die Eltern und Familienangehörigen der Kinder, die von den pädophilen und anderen Mördern auf grausame Art und Weise getötet wurden, können es nicht verstehen, warum diesen Schwerstverbrechern die Strafe gemildert oder einige sogar von einer Strafe befreit werden (durch das letzte Amnestiegesetz von 2010).

Unzumutbare Zustände herrschen auch im Bereich der Urteilsvollstreckung, wo der Vollzug von gerichtlichen Entscheidungen häufig von der persönlichen Haltung (dem Ermessen) der Entscheidungsträger und der Beamten des Vollstreckungsamts abhängt. Manchmal wird die Urteilsvollstreckung um Jahre verzögert.

## **ZUSAMMENFASSUNG**

Es ist abzusehen, dass das Jahr 2011 für die politischen Parteien, besonders für die großen Regierungsparteien MVP und DP, das entscheidende Jahr in ihrem Wahlkampf für den Erfolg bei den nächsten Parlamentswahlen 2012 sein wird. Dies ist ersichtlich an den Bemühungen der beiden Parteien, um jeden Preis den Glauben bei der Wählerschaft aufrechterhalten zu wollen, besonders ihr Beharren darauf, ihr Wahlversprechen über die Bargeldauszahlung trotz aller Unsinnigkeit eingelöst zu haben.

Auch das Thema der Nutzung der strategisch wichtigen Lagerstätten von Bodenschätzen, wie Oyutolgoi und Tavan Tolgoi, wird dazu benutzt.

Die Unwissenheit und Desinformation der Bevölkerung ist den Entscheidungsträgern und den Großen Fischen der Geschäftswelt umso willkommener.

Daher ist die Verbreitung unter der Bevölkerung des Wissen und zuverlässiger Informationen über die Vor- und Nachteile des Bergbaus, die Aktien, die Börse und den Aktienhandel und Börsenspekulationen dringend notwendig.

Die angebliche Machtlosigkeit und die Inkompetenz der kommunalen Staatsorgane (die Gouverneure und die Räte der Bürgervertreter der Aimags und Somone (Parlamente), insbesondere deren Vorsitzende und Präsidenten ist zu bezweifeln. Denn in den Angelegenheiten der ersten Priorität, die hoheitlich geschützt werden müssen, wie die Fragen die Unversehrtheit des Staatsgebiets, der Unverletzlichkeit der Staatsgrenzen, des Grunds und Bodens sowie die Vergabe von Lizenzen für Bauzwecke, sind es die örtlichen Machthaber, wie die Gouverneure und Vorsitzenden, die ganze Gebiete wie Weiden, Wälder, Oasen, Fluss- und Seebecken, und in den Städten Baugelände inmitten der Wohnhäuser, in den Parks und Grünanlagen den Unternehmen und den Privatpersonen vergeben. Diesen zentrifugalen Bestrebungen der Bonzen in den Aimags und den Stadtbezirken, die die territoriale Einheit des Landes unterwühlen und zerstören, muss Einhalt geboten werden.

In der globalisierten Welt sind der Naturschutz und der Schutz von Menschenrechten und Grundfreiheiten nicht mehr die Angelegenheit einzelner Staaten. Dieses sich durchsetzende neue Prinzip der internationalen Beziehungen sollte besonders in so einem kleinen Land, wie die Mongolei, die von zwei riesigen Nachbarn umgeben ist, eine besondere Beachtung finden.

Das geltende mongolische Strafgesetzbuch ist in mancher Hinsicht lückenhaft und nicht eindeutig genug.

Einer besonders präzisen und eindeutigen Regelung bedürfen die Ahndung und die Bestrafung von Wirtschafts- und Amtsdelikten, Korruptionsfällen, Steuerhinterziehung und Straftaten gegen die Natur und Umwelt.

Deutsche Experten beraten durch die HSS das Ministerium für Justiz und Inneres der Mongolei bei der Reform des Strafrechts.

### **M. Khatanbaatar**

**Der Autor** ist Ortskraft der Hanns-Seidel-Stiftung in Ulaanbaatar, Mongolei.

IMPRESSUM

Erstellt: 05.04.2011

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011  
Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D.,  
Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,  
Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: [iiz@hss.de](mailto:iiz@hss.de), [www.hss.de](http://www.hss.de)